

LSA6/13Beamtinnen und Beamte in Sachsen-Anhalt

Informationen
der
Vereinten
Dienstleistungs-
gewerkschaft
Landesbezirk
Sachsen Sachsen-
Anhalt, Thüringen

Stellungnahme zum Entwurf der Urlaubsverordnung

In Rahmen des Anhörungsverfahrens hat die Gewerkschaft ver.di folgende Stellungnahme zum Entwurf der Urlaubsverordnung abgegeben, die in Auszügen wiedergegeben wird:

Vorbemerkung

Soweit unten keine Anmerkungen vorgenommen werden begrüßt die Gewerkschaft die Inhalte des übersandten Entwurfs der UrIVO. Das gilt natürlich für die Anpassungen an europarechtliche Regelungen und Rechtsprechung, die Übernahme des Tarifergebnisses zur Höhe des Urlaubs sowie der vorgesehenen Flexibilisierungen und Vereinfachungen.

Anmerkungen**§ 4 Abs. 8**

Ver.di kritisiert die geplante Streichung des Zusatzurlaubs für Schicht- und Nachdienst für Beamte des Feuerwehrtechnischen Einsatzdienstes. Die Begründung negiert geradezu die besonderen Belastungen und Gefährdungen dieses Dienstes, die an anderer Stelle z.B. der besonderen Altersgrenze sowie der freien Heilfürsorge anerkannt werden. Es gibt aus unserer Sicht keinen vertretbaren Grund, den Feuerwehrbeamtinnen und –beamten in Sachsen-Anhalt eine solche Verschlechterung zuzumuten. Dies gilt auch im Vergleich zum Beispiel mit dem Polizei- oder Justizvollzugsdienst. Die Verschlechterung würde auch dazu führen, dass verbeamtete und tarifbeschäftigten Beschäftigte im feuerwehrtechnischen Einsatzdienst ungleich behandelt werden. Nach § 46 Nr. 2 Absatz 1 Satz 3 in Verbindung mit § 27 TVöD erhalten die Tarifbeschäftigten Zusatzurlaub bei der Leistung von Wechsel- und Schichtdiensten.

Die hier vorgesehenen Verschlechterungen kumulieren sich mit weiteren Benachteiligungen wie der Verschiebung der Besoldungsanpassung um sechs Monate in den Jahren 2013 und 2014, die unwiederbringliche Einkommensverluste

aktiv_ fortschrittlich_ kompetent_



Beamtinnen
und Beamte

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

verursachen, sowie der geplanten Einführung einer Kostendämpfungspauschale auf in die Heilfürsorge, die de facto zu einer Einkommenskürzung führt. Wir fordern die Landesregierung auf, § 4 Abs. 8 zu streichen.

§ 5 Satz 2

Hier gehen wir davon aus, dass dies im Vergleich zu geltenden Regelung zu einer Schlechterstellung der Teilzeitbeschäftigten führt, die besonderen Gefährdungen ausgesetzt sind. Durch den tariflichen Verweis in § 27 Abs.1 Satz 1 TV-L würde diese Verschlechterung unmittelbar auch Tarifbeschäftigte treffen. Wir fordern, diesen Satz zu streichen.

...

ver.di **Beitrittserklärung**
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft



Ich möchte Mitglied werden ab:

Monat/Jahr _____

Persönliche Daten:

Name _____

Vorname/Titel _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Telefon _____

E-Mail _____

Staatsangehörigkeit _____

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten

- Arbeiter/in Angestellter
- Beamter/in DO-Angestellte/r
- Selbstständige/r freier Mitarbeiter/in
- Vollzeit
- Teilzeit _____ Anzahl Wochenst.

- Erwerbslos
- Wehr-/Zivildienst bis _____
- Azubi-/Volontär/in-Referendar/in bis _____
- Schüler/in-Student/in bis (ohne Arbeitseinkommen) _____
- Praktikant/in bis _____
- Altersteilzeit bis _____
- Sonstiges _____

Bin/war beschäftigt bei (Beruf/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer im Betrieb _____

PLZ _____ Ort _____

Personalnummer im Betrieb _____

Branche _____

ausgeübte Tätigkeit _____

ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

ich war Mitglied der Gewerkschaft: _____

von: _____ bis: _____
Monat/Jahr Monat/Jahr

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die ver.di, den satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftverfahren

zur Monatsmitte zum Monatsende

- monatlich halbjährlich
- vierteljährlich jährlich

oder im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren* monatlich bei meinem Arbeitgeber einzuziehen. *nur möglich in ausgewählten Unternehmen

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort) _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name Kontoinhaber/in (Bitte in Druckbuchstaben) _____

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in _____

Tarifvertrag _____

Tarif, Lohn- oder Gehaltsgruppe bzw. Besoldungsgruppe _____

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe _____

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst _____

Euro _____

Monatsbeitrag: Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr- und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag € 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datenschutz
Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis betreffenden Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmemberschaft und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift _____

Werber/in:

Name _____

Vorname _____

Telefon _____

Mitgliedsnummer _____